

PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

NUMMER 153

6. Ausgabe 1974

EINZELPREIS \$ 5,-

Zum Klassen-Urteil gegen die „Rote Fahne“

NDP-FASCHISMUS und SPÖ-JUSTIZ

Als die "Rote Fahne" im Sommer 1970 von dem feigen Überfall einer NDP-Bande auf das Ferienlager revolutionärer Lehrlinge und Jungarbeiter in Müritzschlag berichtete und dabei einerseits die offen faschistische Fratze der NDP und andererseits die erbärmliche Feigheit dieser Bande beleuchtete, als wir dabei besonders auch auf die Person und die Rolle des persönlich das Kommando führen-

den NDP-Chefs Burger verwiesen und zugleich die demonstrative Verhätschelung und Unterstützung dieses Herrn und seines ekelerregenden Haufens durch die österreichische Polizei und Gendarmerie anprangerten, war uns klar, daß uns ein Wutgeheul der Faschisten und ihrer amtlichen und zivilen Förderer antworten würde.

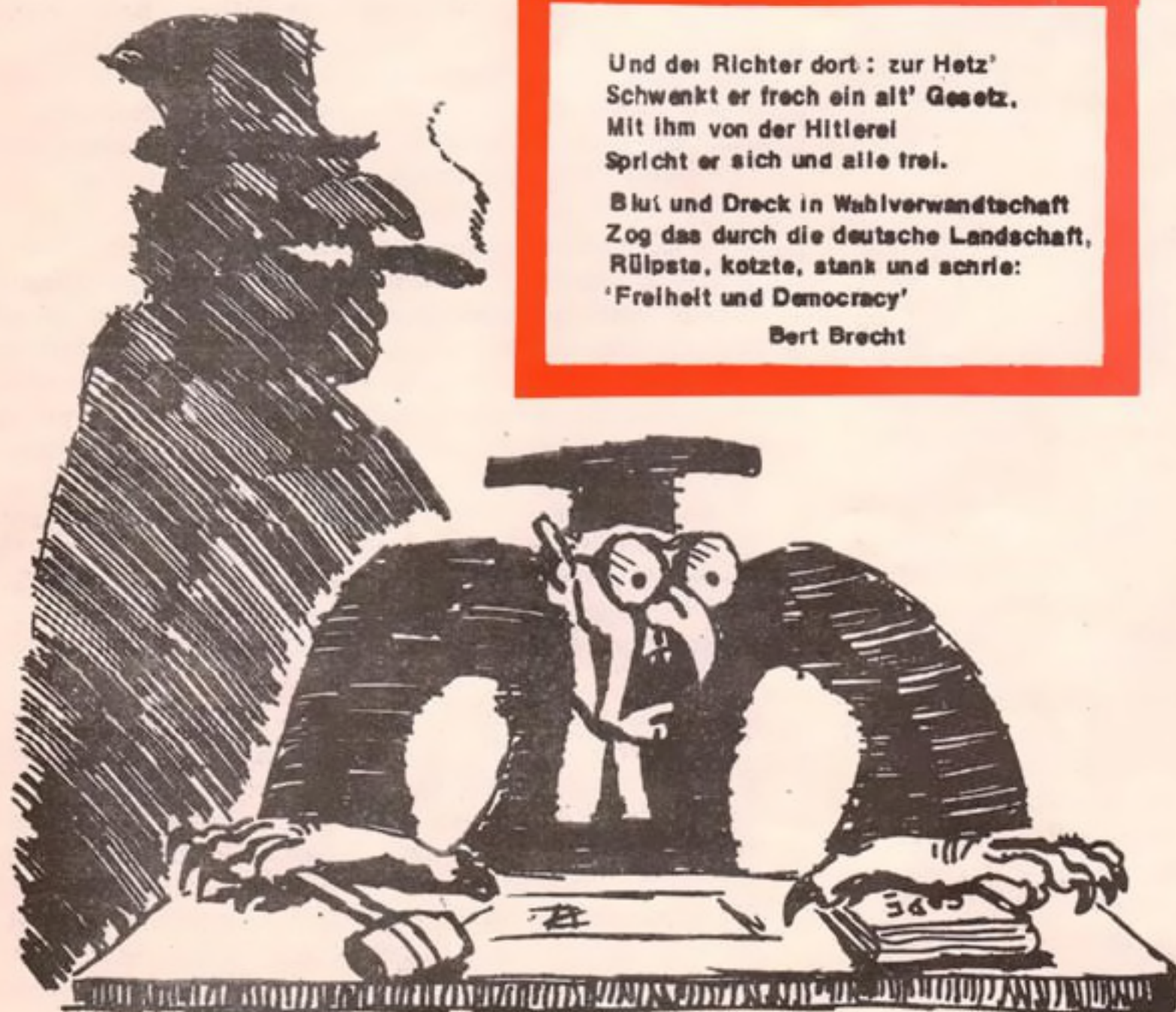
Wir wurden nicht enttäuscht. Während NDP-Strichjungen des Nachts ausrückten, um vor

dem Redaktionslokal der "Roten Fahne" und dem Parteibüro der MLPÖ in Wien Dreck abzulagern, während sie Türen und Postkästen mit Farbe besudelten, Schaukästen beschädigten und telefonisch andere "Vergeltungsmaßnahmen" androhten, lief tagsüber der NDP-Chef Dr. Norbert Burger zu Advokaten und Richtern, um seine "Ehre" zu schützen, die angeblich dadurch verletzt worden war, daß die "Rote Fahne" diesen abgestraften Südtirol-Attentäter und Anführer der NDP-Terroristen einen "Faschisten" und "Faschistenhauptide" genannt hatte. Es gelang Herrn Burger zwar nicht, die Verbreitung der betreffenden "Roten Fahne" auch nur im geringsten zu behindern, aber seine Klage wegen "Presse-Ehrenbeleidigung"

Und der Richter dort: zur Hetz'
Schwenkt er frech ein alt' Gesetz.
Mit ihm von der Hitlerrei
Spricht er sich und alle frei.

Blut und Dreck in Wahlverwandtschaft
Zog das durch die deutsche Landschaft,
Rülpste, kotzte, stank und schrie:
'Freiheit und Democracy'

Bert Brecht



gegen Genossen Peter Tesinsky als Verantwortlichem Redakteur der "Roten Fahne", sowie gegen die MLPÖ als Eigentümerin und Genossen Franz Strobl als Herausgeber der Zeitung, fand bei Gericht sogleich reges Interesse und tätige Ermunterung. Was in der ach so "demokratischen", "antifaschistischen" und "progressiven" Ära des "sozialistischen" Justizministers Broda sogar etliche "Kenner der Verhältnisse" für unwahrscheinlich hielten, wurde in skandalöser Weise Wirklichkeit:

Nach mehrfachem Richterwechsel und fast dreijähriger Prozeßdauer mit 7 Hauptverhandlungen fand sich ein österreichisches Gericht, das den von der "Roten Fahne" geführten umfangreichen Wahrheitsbeweis - die detaillierteste Dokumentation über den faschistischen Charakter der NDP, die jemals in Österreich zusammengestellt wurde - als "mißlungen" erklärte und dem mehrfach abgestraften Bombenattentäter und Terroristenchef das Amtszeugnis ausstellte, kein Faschist zu sein!

Über den Prozeßverlauf könnte man eine ganze Serie von Artikeln schreiben. Schon die Person Dr. Norbert Burgers selbst, der außer von seinem Partei-Anwalt zeitweise auch von anderen NDP-Führern flankiert erschien und bald als "Privatankläger", bald als "Zeuge" in Sachen NDP in die Schranken trat, gäbe reichlich Stoff sowohl für ein Feuilleton über einen leider garnicht so seltenen Typ, als auch für die Einschätzung einer Partei, die gerade ihn als ihren "Führer" erkoren hat. Eher geduckt, unsicher und verschlagen, sich in etwas kritischeren Situationen nervös nach allen Seiten wendend und windend, wechselt dieser Typ plötzlich zu schriller rhetorischer Aggressivität, wenn er sich in die Enge getrieben sieht, insgesamt ein Typ, so garnicht an scharfe "Deutsche Dogge", sondern vielmehr an einen überzüchteten Pudel von der Sorte der "Angstbeisser" erinnernd. Anfangs trat Burger vorsichtig und defensiv auf, fast wie von schlechtem Gewissen beherrscht, doch kaum war offenbar geworden, daß ihm dieses Gericht keinesfalls auf die Hühneraugen steigen werde, schwoll ihm auch schon der Kamm, bellte er seine antikommunistischen Goebbels-Phrasen in den Saal und leistete sich einmal sogar die Frechheit, von möglichen Terrorakten gegen die MLPÖ und ihre führenden Genossen zu reden. Die Art, wie er das machte, ist kennzeichnend. Es könnte sein, ließ er wissen, daß gerade jetzt gewisse Einrichtungen, Fenster, Türen oder dergleichen verunstaltet würden und zwar so, daß seine Partei dieser Taten verdächtigt würde. In so einem Falle habe aber keinesfalls die NDP die Verantwortung, sondern Leute, die den Namen der NDP unerlaubterweise benützen und die nicht mit Billigung der Parteiführung oder Burgers selbst handeln.

Oder betrachten wir den Rechtsanwalt Burgers, den Herrn Dr. Herbert Michner. Wenn schon nicht als Jurist, ist dieser Herr zumindest in bezug auf haß-

erfüllten Antikommunismus eine beachtliche Potenz. Mehrfach setzte er zu Hetzreden gegen die "wildem asiatischen Horden" an, die angeblich 1945 über unser Land und Volk herfielen und zahllose Menschen "massakriert" hätten, er geiferte über "Verbrechen Stalins" und der Roten Armee, erregte sich, was sich eine "Bolschewistenzeitung" auch heute noch "aufzuführen getraut" usw. - kurz, er verwendete bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit jenen sattem bekannten Jargon, der allein schon genügt haben müßte, eventuelle Zweifel über ihn und seinen Mandanten restlos zu zerstreuen. Erst als ihm entgegengehalten wurde: "Das ist genau das Vokabular des 'Stürmers'!" und er fürchten mußte, mit solchen Ausfällen allzuviel aufzudecken, wurde dieser NDP-Rechtsanwalt etwas gemäßiger.

Daß sich Dr. Burger und sein Partei-Anwalt in der für ihre Person und Rolle geradezu typischen Weise verhalten würden, konnte niemand überraschen, der ihresgleichen kennt.

Wie verhielt sich aber das angeblich "demokratische" und "objektive", angeblich "über" den politischen Auseinandersetzungen stehende, lediglich "Recht und Gesetz" wahrende und vertretende Gericht?

Am deutlichsten kommt das in der "Urteilsbegründung" zum Ausdruck, die - schlicht gesagt - ein skandalöses Dokument der Liebedienerei vor dem Faschismus ist. Wir können hier nicht alle 45 Seiten dieses reaktionären Papiers zitieren, aber wollen wenigstens einige seiner kennzeichnendsten Argumentationen anprangern.

Die "Urteilsbegründung" versucht zunächst zu beweisen, daß die Bezeichnung "Faschist" oder "faschistisch" nach "den herrschenden Wertungen" keine Bezeichnung einer politischen Richtung sei, sondern ein Schimpfwort, eine Schmähung. Das Gericht geht dabei so weit zu behaupten, daß der beleidigende, ehrenrührige Charakter einer solchen Bezeichnung insbesondere dann gegeben sei, wenn sie eine Zeitung verwendet, "deren Leserkreis ideologisch weit links steht". Wortwörtlich:

"Nach den herrschenden Wertungen kann nicht gesagt werden, daß der Vorwurf einer faschistischen Gesinnung wertneutral etwa im Sinne einer bloßen Weltanschauung anzusehen ist, und nicht geeignet wäre, den Beleidigten in der sozialen Wertschätzung herabzusetzen und zu schädigen. Dazu kommt noch, daß eben durch das gegenständliche Presseorgan ein Leserkreis angesprochen wird, der ideologisch weit links steht... Nicht unerwähnt soll in diesem Zusammenhang bleiben, daß schließlich auch die führenden Männer linker Bewegungen, insbesondere diejenigen des kommunistischen Lagers, einander eine sogenannte 'faschistische' Einstellung immer dann vorwerfen, wenn sie beim anderen Tendenzen einer Abweichung nach rechts bzw. den sogenannten Revisionismus erkannt zu haben glauben."

Gleich hier hat man ein Beispiel dafür, in welcher "objektiven" Art das ganze Schriftstück gehalten ist. Erstens verdreht es die Feststellung des Verantwortlichen Redakteurs der "Roten Fahne", des Genossen Peter Tesinsky, daß es sich bei der Bezeichnung "faschistisch" in erster Linie um die Qualifikation einer politischen Richtung handelt, zu dem Unsinn einer angeblichen "Wertneutralität" dieses Begriffs; zweitens legt es gleich darauf das Schwergewicht nicht auf die Bezeichnung selbst,

sondern auf die "weit links" stehende Gesinnung der Leser der "Roten Fahne", die ganz unverkennbar als erschwerender, strafverschärfender Umstand gewertet wird; und drittens wird versucht, zum Zweck ganz ordinärer antikommunistischer Stimmungsmache die Auseinandersetzung zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus ins Spiel zu bringen, die mit dem gegenständlichen Prozeß überhaupt nichts zu tun hat.

Die "Urteilsbegründung" beschäftigt sich dann mit der Tatsache, daß die "Rote Fahne" eine offizielle NDP-Reklameschrift zitiert hatte, in der Burger mit folgenden Worten vorgestellt wurde:

"Geboren in Kirchberg am Wechsel als Sohn des damaligen Großdeutschen Bürgermeisters. Gegen Kriegsende noch Freiwilliger an der Ostfront. Nach politischer Verfolgung... Laufbahn als Hochschullehrer... Mehr als zwei Jahre in österreichischen Gefängnissen, in Italien in Abwesenheit zu 30 Jahren Kerker verurteilt... Ein echter, aufrechter und treuer Sohn unserer österreichischen Heimat und unseres deutschen Volkes."

Obwohl diese NDP-Schrift in tausenden Exemplaren offiziell verbreitet wurde, obwohl sie Genosse Tesinsky dem Gericht im Original vorlegte und obwohl von ihr die üblichen Kontrollexemplare natürlich bei der Gerichtlichen Presse-Polizei aufliegen müssen, bezeichnet die Urteilsbegründung diese NDP-Schrift als "angebliche" NDP-Reklameschrift, die den genannten Text "enthalten haben soll", wobei die Hervorhebung einiger Textstellen durch die "Rote Fahne" neuerlich als Beweis der "Schmähungs"-Absicht betrachtet wird:

"Es ist klar ersichtlich, daß eben durch die Hinweise auf die Herkunft des Privatanklägers als Sohn eines 'Großdeutschen Bürgermeisters' und durch seine Bezeichnung als Sohn 'unseres deutschen Volkes' im Zusammenhang mit dem erwähnten Bild, in welchem der Privatankläger mit dem Hakenkreuz, dem Symbol des Nationalsozialismus, bezeichnet erscheint, eindeutig auf dessen Gesinnung und innere Einstellung hingewiesen werden soll. Es soll mit anderen Worten zum Ausdruck gebracht werden, daß es sich beim Privatankläger um einen Menschen handelt, der faschistisches Gedankengut vertritt und dessen Ideologie eben noch vom Nationalsozialismus herrührt bzw. daß der Privatankläger eben an dieses Gedankengut anknüpft und es auch heute noch immer vertritt. Demnach wird dem Privatankläger angelastet, faschistisches Gedankengut zu vertreten, das mit einem anderen Ausdruck auch als neonazistisch bezeichnet werden könnte... Dem Privatankläger wird somit nicht bloß irgendeine Weltanschauung, der eine 'rechte' Ideologie zugrundeliegt, angelastet, sondern eine Fortsetzung bzw. ein Weitervertreten des Gedankengutes, das seinem Kerne nach bereits dem Nationalsozialismus zugrundelag."

Man beachte: Hier geht es nicht um einen Text der "Roten Fahne" über Herrn Burger, sondern um eine Werbeschrift seiner eigenen Partei über ihn! Statt aber gerade dieses dem Gericht vorliegende NDP-Dokument als Beweis für die Richtigkeit der Qualifizierung Burgers durch die "Rote Fahne" zu würdigen, wird der "Roten Fahne" vorgeworfen, es zitiert und unter Hervorhebung wesentlicher Textstellen abgedruckt zu haben, worin das Gericht angesichts des "ideologisch weit links" stehenden Leserpublikums der "Roten Fahne" das Delikt der "Schmähung" erblickt!

Weiter: Die "Urteilsbegründung" erwähnt im Folgenden die ungeheuren Untaten und Greuel des Faschismus. Jeder normale Mensch müßte daraus schlußfolgern, daß also jegliche Betätigung in



Angeklagter! Als 'demokratische' Richter können wir es keinesfalls dulden, daß Sie jemand, der dieselbe Gesinnung hat wie wir, als einen Faschisten bezeichnen!

~~~~~

Richtung einer Weiterführung und Wiederbelebung faschistischer oder neofaschistischer Ideologie und Politik besonders verwerflich ist und unter strengste Sanktion gestellt werden muß. Doch da das Gericht den "Herrn Doktor" Burger als untadeligen "Demokraten" zu betrachten gewillt ist und vor allen dagegensprechenden Tatsachen krampfhaft Augen und Ohren verschließt, sieht seine Logik anders aus: Weil der Faschismus so bestialisch ist, deswegen ist die "Schmähung" Dr. Burgers als Faschist besonders schwerwiegend und strafwürdig!

Der folgende Teil der "Urteilsbegründung" geht von einer Art "Definition" des Faschismus aus, die sich auf Bezeichnungen beschränkt wie "antidemokratisch", "aggressiv", "militant", "intolerant", "Gewaltanwendung wird gutgeheißen, ebenso das Führen von Kriegen" usw. und offenkundig bewußt so formuliert ist, daß sie Burger zu der Behauptung dienen konnte, sie treffe nicht auf seine Partei zu, wohl aber auf die Marxisten, während der Richter seine "Objektivität" durch den Stoßseufzer bekundete, die rechten und die linken Extremisten seien sich in erschreckender Weise gleich! Gleich darauf kam das Gericht freilich zur "Erkenntnis", daß Burger und seine NDP nicht zu diesen "erschreckend Gleichen" gehören. Demgemäß stellt die "Urteilsbegründung" der Burger-Partei und ihrem Anführer folgendes begeistertes Zeugnis aus:

Der Privatankläger "bekennt sich voll zur österreichischen Bundesverfassung und damit auch zum Prinzip der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit". Die Gründung der NDP ist "1966 oder 1967 angezeigt und vom Bundesministerium für Inneres nicht untersagt" worden. "Es herrscht in der Partei nicht das sogenannte Führerprinzip. Alle Funktionäre der Partei werden durch Wahl bestimmt und haben sich auch der innerparteilichen Kritik zu stellen... Die Partei ist auch zu politischen Diskussionen mit dem politischen Gegner bereit und lehnt Gewalt

zur Durchsetzung politischer Ziele ab. Zu diesen Grundsätzen bekennt sich auch der Privatankläger. Ferner bekennt er sich auch zur Religions- und Gewissensfreiheit und zum Rechtsstaat und überhaupt vorbehaltlos zur Verfassung der Republik Österreich. Auf Grund seines Bekenntnisses zur demokratischen Staatsform lehnt er auch gewaltsame Umstürze und Revolutionen ab... Der Privatankläger lehnt übereinstimmend mit den Grundsätzen der NDP die marxistische Lehre und den Klassenkampf in jeder Form ab... Weder er selbst noch die NDP ist antiparlamentarisch eingestellt, das Parlament wird von ihm als wesentliche Institution erachtet, ferner ist dem Privatankläger auch jede antisemitische Einstellung fremd. Er steht dem jüdischen Volk mit größter Sympathie und Hochachtung gegenüber... Eine Rassenfrage oder Rassenlehre kann für den Privatankläger nicht bestehen..."

Woher nimmt das "demokratische" Gericht der von der SPÖ regierten österreichischen Republik diesen verlogenen Lobgesang auf eine Partei, die in ihren Schriften und Aktionen, in ihren Bezeichnungen, Schlagworten und Methoden selbst offen und demonstrativ an den deutschen Faschismus anknüpft? Das Gericht war so "objektiv", sich diese Einschätzung aus "erster Quelle" zu besorgen, sozusagen von dem, der es ja am besten wissen muß, nämlich vom NDP-Chef Burger selbst! Zur "Klärung" der Frage, ob die NDP faschistisch bzw. neofaschistisch sei oder nicht, ob man daher Burger selbst als "Faschistenhauptide" bezeichnen dürfe oder nicht, wurde Burger selbst als Zeuge eingeladen und alles das, was er unter Aufgebot seiner ganzen "nordischen List" zum Besten gab, als gerichtlich festgestellt und erwiesen behandelt. Das gleiche geschah auch mit ein paar "Erklärungen" der Burger-Partei, die als "Beweisstücke" anerkannt wurden, obwohl sie offensichtlich zum Zwecke solcher augenzwinkernder Alibis verfaßt sind.

Aber war da nicht auch ein Aktenstoß von fast 20 cm Höhe voll von Beweisstücken und Dokumenten über den faschistischen Charakter der NDP? Auch diesbezüglich akzeptierte das Gericht kritiklos, was Burger selbst da zu sagte: viele dieser Schriften kenne er nicht, andere seien jedenfalls nicht von ihm verfaßt und er würde sie auch anders formuliert haben, wieder andere stammten angeblich garnicht von der NDP, sondern seien unter mißbräuchlicher Verwendung des Namens der NDP von politischen Gegnern fabriziert worden, um der NDP Schwierigkeiten zu machen. Dabei machte sich Burger die von den österreichischen Behörden tolerierte Praxis seiner Partei zunutze, auf Flugblätter und andere Schriften offen und provozierend faschistischen Charakters einfach kein Impressum zu setzen. Das Gericht seinerseits kam laut "Urteilsbegründung" zur Überzeugung, daß jene Beilagen des Wahrheitsbeweises, die vom Privatankläger ausdrücklich gutgeheißen wurden, zwar bezeugen, daß er "ziemlich weit rechts steht" und ein entschiedener Gegner des Marxismus ist, sie aber "kein typisch faschistisches Gedankengut enthalten", sondern lediglich Auffassungen, die auch von anderen politischen Richtungen geteilt werden. Mit einem Wort: faschistische Auffassungen seien nur dann typisch, wenn sie ausschließlich von Leuten vertreten werden, die sich selbst als Faschisten bezeichnen. Vertreten auch Leute, die sich selber nicht als Faschisten bezeichnen, solche Auffassungen,

dann sind das keine typisch faschistischen oder überhaupt keine faschistischen Auffassungen, sondern lediglich solche, die "ziemlich weit rechts" stehen. Für diese bemerkenswerten Erkenntnisse verdient das Gericht zweifellos den Nobel-Preis für konterrevolutionäre Demagogie.

Als Verantwortlicher Redakteur der "Roten Fahne" und Hauptbeschuldigter ließ Genosse Peter Tesinsky jedoch nicht locker, griff immer wieder besonders eindeutige Beweisstücke heraus, bewies überzeugend ihre eindeutig faschistische bzw. neofaschistische Diktion und vereitelte so die Absicht des Gerichts, die krassen Beweisstücke überhaupt unter den Tisch fallen zu lassen. Die Wirkung war sehr lehrreich. Einerseits sah sich das Gericht dadurch gezwungen, auch Tatsachen aufzurollen, die Burger in Nervosität versetzten, aber andererseits wurde gerade auch in diesen Episoden der Verhandlungen völlig klar, daß eine Verurteilung der "Roten Fahne" und eine amtliche Reinwaschung der NDP und ihres "Führers" vom Ludergeruch des Faschismus offenbar höheren Ortes längst beschlossene Sache war, sodaß das Gericht, wenn ihm schon garnichts anderes mehr übrigblieb, alle "objektiven" Masken fallen ließ und direkt als Rechtfertigungs- und Verteidigungsinstanz der ultra-reaktionären Standpunkte Burgers und seiner NDP in Erscheinung trat.

Das war zum Beispiel in bezug auf die unverhüllte deutsch-nationalistische Anschlußpropaganda der NDP der Fall. Daß die NDP und Burger persönlich Österreich zum "deutschen Staat" erklären, die Existenz einer selbständigen österreichischen Nation glattweg als "Lüge", die Österreicher als einen "Teil des deutschen Volkes" bezeichnen und mittels der Parole vom notwendigen "Zusammenschluß auf der Basis des Volkstums" ganz unverkennbare Anschlußpropaganda machen, stellt das Gericht in der "Urteilsbegründung"



Anlässlich der Gründung der NDP im Juni 1966 erklärten ihre Führer gegenüber der Wochenzeitung "Neues Journal", was über die Hitler-KZs berichtet werde, sei tendenziös und "übertrieben", es habe nur den Zweck, das deutsche Volk zu "bespeien und zu diskriminieren".

allen Bestimmungen des österreichischen Staatsvertrages zum Trotz als durchaus vertretbar und legal hin:

"Er (Burger) betrachtet Österreich als sogenannten 'deutschen' Staat und lehnt den Begriff der 'österreichischen Nation' ab... Im Übrigen bekennt sich der Privatankläger auch zur Vereinigung Europas, jedoch tritt er für ein Europa der Völker nach dem Volkstumsbegriff ... ein... Sein Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft zeigt von seiner nationalen Einstellung, die jedoch nach seiner unwiderlegt gebliebenen Aussage nicht mit 'nationalistisch' oder gar 'nationalsozialistisch' verwechselt werden darf."

Genosse Peter Tesinsky, der die Verharmlosung des Gezeters gegen die sogenannte "Lüge von einer österreichischen Separation" zu einer bloßen theoretischen Streitfrage und die Entschuldigung direkter großdeutscher Anschlußpropaganda als legale Propaganda für ein "Vereinigtes Europa" energisch zurückwies, erinnerte daran, daß die NDP und Burger selbst in verschiedenen Schriften und Reden ja auch offen gegen die heute bestehenden österreichischen und deutschen Grenzen polemisieren und ihre Anerkennung als "Verrat" bezeichnen. Die NPD in Westdeutschland, deren unmittelbarer Ableger und Unterläufer die NDP in Österreich ist und mit der Dr. Burger unbestreitbar außerordentlich eng verbunden ist\*, hat auf einem ihrer Parteitage ungeniert die Forderung erhoben: Rückgabe aller im 2. Weltkrieg verlorenen deutschen Gebiete und Wiederanschluß Österreichs an Deutschland.

Burger reagierte darauf mit der Beteuerung, bei den von seiner NDP propagierten Grenzänderungen in Österreich handle es sich konkret "um die Brennergrenze, die nicht anerkannt werden" könne, seine Partei könne allerdings auch die derzeitigen deutschen Ostgrenzen nicht akzeptieren. Das Gericht fand auch daran nichts "typisch Faschistisches":

"Der Privatankläger ist mit dem Zustandekommen der derzeitigen deutschen Ostgrenzen und der Brennergrenze und mit diesen Grenzen selbst (!) nicht einverstanden und das deutsche Nachgeben gegenüber dem Osten scheint ihm einem Verrat gleich. Wenn die angeführten Beilagen auch zeigen, daß der Privatankläger in seinen Ansichten weit rechts steht, so enthalten diese Beilagen doch kein typisch faschistisches Gedankengut, wobei der Begriff des Faschismus im oben entwickelten Sinn als Maßstab anzuwenden ist. Der Privatankläger nimmt am Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland eben Anteil, da auch Österreich ein deutscher Staat ist und er sich zum deutschen Volkstum bekennt... 'national' darf nicht mit 'nationalsozialistisch' verwechselt werden."

Was die bewußte Übernahme von Schlagworten, Begriffen, Symbolen, Farben und Formen des Nazi-

\* Im Sommer 1968 hat die deutsche NDP eine Kaution von 100.000 DM zur vorläufigen Freilassung Burgers erlegt, nachdem dieser an der österreichisch-deutschen Grenze bei Salzburg wegen Mitführens einer größeren Menge von Waffen und Sprengstoff aus dem Zug geholt und festgenommen worden war. Bei seinen häufigen Aufenthalten in der BRD gibt Burger, der übrigens auch in Österreich einen weißen Mercedes mit westdeutscher Nummer fährt, als offizielle Adresse gewöhnlich NPD-Sitze an, zum Beispiel das Haus des bayrischen NPD-Vorstandes in der Holzstraße in München. (Anmerkung der RF).



(Alte Volksweisheit)

Faschismus durch die Burger-Partei betrifft, machte es sich das Gericht noch leichter. Es akzeptierte die Erklärung Burgers, daß die NSDAP ein "geschichtliches Faktum" sei, das sich "nicht weglegen" lasse und daß "nicht alles, was von dort kommt, unbedingt schlecht" sein müsse, wie etwa die Begriffe "Volksgemeinschaft", "Schicksals- und Blutgemeinschaft des deutschen Volkes", "biologischer und sittlicher Bestand des deutschen Volkes", "Wille zur Arterhaltung", "Neuordnung Europas", "Kampf gegen die marxistische Vorherrschaft der roten Horden" usw. usf. Bezüglich der Farb- und Form-Kombinationen, wie sie der NDP und der NSDAP gemeinsam sind, schrieb das Gericht das Märchen Burgers in die "Urteilsbegründung", sie würden bloß verwendet, weil sie ein "Werbe-psychologe" als optisch "besonders wirksam" erklärt habe!

Der vom Gericht ohne weiteres akzeptierten Behauptung Burgers, jegliche Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele abzulehnen, hielt Genosse Peter Tesinsky die Tatsache entgegen, daß Burger der Teilnahme an faschistischen Sprengstoffattentaten in Südtirol gerichtlich überführt wurde, diese Teilnahme selbst zugibt, er deswegen in Italien zur Abbußung einer 30-jährigen Kerkerstrafe gesucht wird und einschlägige Verfahren und Aburteilungen auch in Österreich gegen ihn aktenkundig sind, wessen er sich sogar in Werbeschriften rühmt. Das Gericht wies diese Einwände jedoch als nicht beweiskräftig zurück und entschuldigte die faschistischen Sprengstoff-Attentate in Südtirol, die nicht nur großen Sachschaden verursachte, sondern zahlreichen unbeteiligten Menschen Leben und Gesundheit gekostet haben, mit folgender Begründung:

"Wenn nun auch der Privatankläger Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ablehnt und auch gegen politische Gegner vollste

Toleranz üben will, so vertritt er seiner Meinung nach schon auf Grund der Menschenrechts-Deklarationen auch das Recht auf Notwehr für jedes Volk, das von außen bedroht wird. Auf Grund dieser Überlegungen ist daher jeder dazu legitimiert, einem anderen, der sich in einer derartigen Notwehrsituation befindet, zu helfen. Aus diesem Grunde erachtete er sich selbst für berechtigt, an aktiven Aktionen in Südtirol teilzunehmen."

Damit nicht genug, betrachtete das Gericht sogar eines dieser Bombenattentate als Indiz für die antifaschistische Einstellung Burgers! Da bei dem Bombenattentat auf das Kraftwerk bei Weitbrunn, zu dem sich Burger bekennt, auch ein altes Mussolini-Denkmal zerstört wurde, sei die Absicht erkennbar, "damit gegen den Geist des Faschismus zu demonstrieren".

Nicht einmal die Tatsache der Beteiligung Burgers an der illegalen Hinrichtung österreichischer Antifaschisten noch in den letzten Kriegstagen war für das Gericht ein beweiskräftiges Indiz. Bei der Durchleuchtung der Vergangenheit Burgers war die "Rote Fahne" nämlich darauf gestoßen, daß sein Name schon 1946 bei einem Volksgerichtsprozeß erstmals aktenkundig geworden war. Die Angelegenheit verdient es, der Vergessenheit entrissen zu werden:

Der strebsame Sprößling des "großdeutschen Bürgermeisters" von Kirchberg am Wechsel hatte es schon mit 16 Jahren zum "Gefolgschaftsführer" der "Hitler-Jugend" gebracht und brannte darauf, sich für "Volk und Führer" nützlich zu machen und zum "Endsieg" beizutragen. Gegen Ende des Krieges trat Burger daher einem "Sonderkommando" der HJ bei, das Hinrichtungen durchzuführen hatte. Die Sache ging ganz "unbürokratisch" vor sich. Der Nazi-Kreisleiter Johann Braun, der noch in den letzten Kriegstagen ein blutiges faschistisches Terror-Regime in Neunkirchen ausübte, hatte ein sogar nach den Nazi-Gesetzen ganz illegales "Standgericht" gebildet, das im Schnellverfahren Todesurteile verhängte, während das "Sonderkommando" der HJ und andere Kreaturen für die "Vollstreckung" sorgten. Ein Teil dieses blutigen Dramas wurde 1947 und 1948 durch den Volksgerichtsprozeß Vg 12 e Vr 6444/47 aufgedeckt, dessen Akten herbeizuschaffen Genosse Peter Tesinsky gefordert hatte. Aus diesen Akten geht hervor, daß Burger zumindest bei drei Hinrichtungen anwesend gewesen und zumindest an einer aktiv teilgenommen hatte. Es handelte sich um die "Hinrichtungen" der als Antifaschisten abgeurteilten Neunkirchner Arbeiter Kneissl, Schram und Sommer. Bei der Ermordung des

mußte, was aber alle seine Unterläufer und Büttel angeblich nicht gewußt hatten.

Nachdem Genosse Tesinsky den Akt hatte herbeischaffen lassen, stürzte sich das Gericht natürlich sogleich zugunsten Burgers auf alle jene Ausreden, die schon 1947 und 1948 von allen Nazi-Bütteln vorgebracht worden waren. In der "Urteilsbegründung" gegen die "Rote Fahne" findet das den folgenden Niederschlag:

"Der Privatankläger Dr. Norbert Burger, der zur Zeit der erwähnten Vorfälle bloß den Rang eines Gefolgschaftsführers bekleidete, und zwar im Rahmen der Hitler-Jugend Kirchberg, war insgesamt bei drei Exekutionen zugegen... Dieses HJ-Kommando eskortierte Sommer zum Hauptplatz, wo dann der Galgen errichtet wurde. Alle Mitglieder des HJ-Kommandos legten bei der Errichtung des Galgens mit Hand an, darunter auch der Privatankläger. Nach Errichtung dieses Galgens nahm das HJ-Kommando im Halbkreis Aufstellung..."

Er (Burger) wie auch die übrigen HJ-Angehörigen in seinem Alter konnten das Unrechtmäßige dieser Exekution und überhaupt das Unrechtmäßige des standgerichtlichen Verfahrens nicht erkennen... Jedenfalls hat sich der Privatankläger in keiner Weise als aktiver Nationalsozialist hervorgetan, sondern er ist ausschließlich den ihm erteilten Befehlen im Rahmen der damaligen militärischen Organisation nachgekommen."

Wie "objektiv" diese Einschätzung der Teilnahme Burgers an einem blutigen faschistischen Verbrechen ist, geht auch daraus hervor, daß sie das Gericht traf, nachdem Burger Gelegenheit gegeben wurde, die damals hingerichteten Antifaschisten zu beschimpfen und mit Schmutz zu bewerfen - angeblich hätten sie vorgehabt, nach dem Einmarsch der Roten Armee ein Bordell zu gründen, in dem "deutsche Frauen" zur Prostitution mit den Russen gezwungen werden sollten. Das Gericht nahm diese "Darstellung" Burgers ebenso kommentarlos zur Kenntnis wie seine Erklärung, für "Landesverrat" - "das schwerste Verbrechen, das es überhaupt gibt" - sei die Todesstrafe die einzige richtige Sühne.

Müßte alles das und vieles anderes, das bei den Verhandlungen zutagekam, nicht hundertfach ausreichen, für Burger und seine NDP die einzig richtige Qualifizierung zu finden? Dem Broda-Gericht reichte es nicht. Es machte zugunsten Burgers und der Burgerpartei eben geltend, daß "derartige Ansichten auch von anderen politischen Gruppen und Richtungen vertreten wurden und werden", weshalb nicht gesagt werden könne,



Letztgenannten hatte Burger aktiv mit Hand angelegt, den auf der Mitte des Hauptplatzes errichteten Galgen für die Exekution vorbereiten geholfen und während des Mordes selbst nahe des Galgens gestanden. Der Volksgerichtsprozeß war 1948 so ausgegangen, wie manche andere, die ihm noch folgten. Fast alle Beteiligten redeten sich auf "Befehlsnotstand" und darauf aus, daß sie selbst in Gefahr geraten wären, wenn sie nicht kräftig mitgetan hätten. So war damals auch Burger ungeschoren davongekommen. Braun jedoch wurde als Kriegsverbrecher zum Tod verurteilt und hingerichtet - aber auch das nur deshalb, weil seine "Standgerichte" und Hinrichtungskommandos selbst nach den Hitler-Gesetzen illegal waren, was Braun selbst wissen



daß sie "typisch faschistisch" seien. Als Burger begann, zu seiner Entlastung die Mitgliedschaften und Funktionen gegenwärtig führenden SPÖ-Politiker bei der Hitler-Partei in Erinnerung zu bringen, dabei auf den niederösterreichischen SP-Spitzenkandidaten Czettel verwies, der in der "Hitler-Jugend" eine um zwei Ränge höhere Funktion als Burger bekleidet hatte, dann auf den SPÖ-Innenminister Rösch zu sprechen kam, der sich sogar noch nach 1945 in neonazistischem Sinn betätigt hatte und dementsprechend vorbestraft ist, winkte der Richter ungeduldig ab. Man weiß ja schließlich Bescheid und ist doch heute längst nicht mehr so nachträglich wie unmittelbar nach dem Krieg. In der "Urteilsbegründung" wird der sogenannte "demokratische Reifungsprozeß", der seit 1945 vor sich gegangen sei und der so hohe demokratische Werte wie "Toleranz", "Nachsicht" und "Humanismus" hervorgebracht habe, folgendermaßen beschrieben:

"Daß der Privatankläger unmittelbar nach Kriegsende nicht sofort weiterstudieren konnte (nämlich wegen seiner HJ-Funktion und seiner blutigen Rolle als Henkersknecht der Faschisten! Anmkg. der RF), ist aus dem Umstand zu erklären, daß unmittelbar nach Kriegsende ganz offensichtlich gegenüber sogenannten 'Belasteten' ... ein ziemlich undifferenzierter Standpunkt vertreten wurde, während erst später ein emotionsfreier Selektionsprozeß einsetzt."

Somit ist also auch die Tatsache, daß Burger nach 1945 unter dem frischen Eindruck seiner Rolle unter dem faschistischen Blutregime als "Belasteter" eingestuft und gemäßregelt wurde, dem Gericht kein Beweis gegen Burger, sondern Anlaß zu einem Angriff gegen die Verhältnisse im endlich vom Faschismus befreiten Österreich! Nach Ansicht dieses Gerichts muß man Burger vom "Menschlichen" her beurteilen, wobei auf Grund von Aussagen "unbedenklicher" Zeugen, sogar solcher, die "selbst niemals Mitglied der NSDAP" waren, entdeckt wird, daß Burger stets ein "netter Bursche" gewesen sei, dem man nichts Schlechtes zutrauen könne. Auf Grund des "nicht ungünstigen Eindrucks", den das Gericht selbst von Burger gewonnen zu haben erklärt, weist es sogar die Möglichkeit zurück, daß zwischen dem, was Burger vor Gericht sagt, und jenem, was die NDP unter seiner Leitung in Wirklichkeit betreibt und vertritt, ein Gegensatz bestehen könnte.

Weniger günstig ist naturgemäß der Eindruck, den das Gericht von dem Marxisten-Leninisten Peter Tesinsky gewann, der - einer antifaschistischen Familie entstammend - von frühesten Jugendjahren an aktiv gegen Faschismus und Neofaschismus gekämpft hat und kämpft. Nach Meinung des Gerichts wird man durch so etwas einseitig und blind und geht schließlich sogar auf die unschuldigsten und frömmsten Menschen los, nur weil sie gegen den Marxismus sind:

"Im Übrigen war auch nicht zu übersehen, daß der Beschuldigte dem Privatankläger insbesondere seine antimarxistische Einstellung anlastete und es geradezu als Sakrileg betrachtete, daß sich der Privatankläger nicht zum Marxismus bekannte. Nun hat aber eine solche Einstellung nichts mit faschistischer Gesinnung zu tun."

Die "Urteilsbegründung" kann nicht umhin, zu bemerken, daß die NDP und ihr Chef in der antimarxistischen Einstellung "ziemlich weit gehen" und

überhaupt "sehr weit rechts" stehen, aber was hat denn das mit Faschismus zu tun? Verwenden die Vertreter des "linken Lagers" solche "Schmähungen" nicht auch sogar gegenüber Personen, die aus dem gleichen politischen Lager stammen, wie sie selber? - Die Absicht dieser und ähnlicher "Argumente" der "Urteilsbegründung" liegt klar auf der Hand: die Burger-Mannen und ihr Chef sind angeblich ehrbare, nette Leute mit untadeliger Gesinnung, die Marxisten-Leninisten dagegen wie überhaupt alle Linken seien ein verächtliches Pack, dem man nicht glauben dürfe.

Es ist nach all dem schließlich auch nicht mehr verwunderlich, daß das Gericht auch keine Hemmung hatte, den brutalen Überfall der NDP-Banditen auf das Mürrzuschlager Jungarbeiter- und Lehrlingslager nicht nur gänzlich entstellt darzustellen, sondern sogar noch zu böartigen Ausfällen gegen die Überfallenen zu benützen. Obwohl dem Gericht das Protokoll eines Gendarmeriebeamten vorlag, der schon am 15. August mit einer Gruppe von Männern gesprochen hatte, "die teilweise bewaffnet waren und behaupteten, es müsse gegen das Lehrlingslager eingeschritten werden", obwohl der Abmarsch der Burger-Bande am 23. August selbst ebenfalls von einem Gendarmeriebeamten beobachtet worden und eine entsprechende telefonische Meldung beim Gendarmerieposten Mürrzuschlag gemacht worden war, schritt die Gendarmerie damals erst ein, als die NDP-Banditen empfindlich verdroschen wurden, Burger samt Leibgarde das Hasenpanier ergriff und schließlich von einigen Lehrlingen dingfest gemacht wurde. Jetzt aber benützt das profaschistische Klassengericht eben die jämmerliche Niederlage der NDP-Terroristen und die eilige Flucht Burgers als Handhabe zu der unverschämten Verdrehung der Tatsachen, als seien die Überfallenen an allem Schuld oder seien eigentlich sogar sie die Angreifer gewesen. Die "Urteilsbegründung" nimmt zu dem Überfall jedenfalls wie folgt Stellung:

"Nach den Feststellungen des Bezirksgerichts (Akt U 1096/72) Mürrzuschlag trafen Dr. Burger sowie die Mitbeschuldigten am 23. 8. 1970 im Gasthaus Sandwirt in Mürrzuschlag zusammen. Sie wollten einen Marsch in das Lehrlingslager unternehmen, um mit den Lagerbewohnern über politische Fragen zu diskutieren... Nach dem Eintreffen im Lager, in dem sich zu diesem Zeitpunkt lediglich drei Zeugen aufhielten, kam es zu einer hitzigen Debatte, die schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Als dann zur Verstärkung der drei erwähnten Lagerinsassen die übrigen Lagerteilnehmer zurückkehrten, kam es in der Folge zu einer allgemeinen Rauferei... Es konnte jedoch Dr. Burger mit einer für das Strafverfahren erforderlichen Sicherheit nicht nachgewiesen werden, daß er den Angriff und die Sachbeschädigungen veranlaßt hat, ferner auch nicht, daß er selbst daran teilnahm... Zwar wurde Dr. Burger von einzelnen Zeugen in der Richtung belastet, daß er seine Leute aufgefordert habe, Sachbeschädigungen zu begehen. Jedoch ergaben sich zwischen diesen Angaben ganz erhebliche Widersprüche und Ungereimtheiten, die nicht aufzuklären waren... Überdies konnten wegen der Weigerung der Lagerbewohner, den Gendarmeriebeamten bei den Erhebungen an die Hand zu gehen, keine genauen Feststellungen über die Beschädigungen selbst oder die Personen der Täter getroffen werden... Nach den Ausführungen des Strafbezirksgerichtes Wien... kann schließlich aus dem Umstand, daß sich NDP-Leute aus Wien und anderen Orten in Mürrzuschlag getroffen haben und einen Marsch in das Lager planten, noch nicht auf die Bereitschaft zu Gewalttätigkeiten geschlossen werden... Auch war nicht eindeutig zu klären, wer mit der Gewaltanwendung begonnen hat und wie der Vorfall dann im einzelnen



Vor 9 Jahren, am 31. März 1965, erschlug in Wien eine neofaschistische Schlägergruppe, Verläufer der NDP, Genossen Ernst Kirchweger, einen standhaften Kommunisten und hilfreichen Freund unserer "Roten Fahne".

NIEMALS WERDEN  
WIR IHN VERGESSEN!



verlief zumal ernsthafte Verletzungen insbesondere unter den Begleitern des Privatanklägers zu finden waren, darunter eine schwere Verletzung, sodaß es dahingestellt bleiben mag, ob die Lagerbewohner tatsächlich nur das Notwehrrecht ausgeübt haben... Jedenfalls konnte nicht festgestellt und als erwiesen angenommen werden, daß der Privatankläger am 23.8.1970 in Mürzzuschlag einen Überfall bewaffneter faschistischer Terroristen auf politisch Andersdenkende im alten nationalsozialistischen Stil organisiert und die Gewaltanwendung veranlaßt hat. Es konnte bloß festgestellt werden, daß es im Zuge der Diskussion zwischen einzelnen Teilnehmern der beiden Gruppen zu Handgreiflichkeiten gekommen ist."

Auch hier wieder macht die "Urteilsbegründung" die revolutionäre, antifaschistische Einstellung der Gegner Burgers und seiner NDP zu einem Mittel der Reinwaschung Burgers und seiner Terroristenbande sowie zur Unglaubwürdigmachung aller jener, die gegen den Faschismus kämpfen: Auf Grund des "weltanschaulichen Gegensatzes zum Privatankläger" müsse davon ausgegangen werden, daß die erwähnten Vorfälle von den Gegnern Burgers "weit über ihre tatsächliche Bedeutung hinaus aufgebauscht" seien, heißt es in der "Urteilsbegründung". Warum hat das Gericht nicht den fundamentalen weltanschaulichen Gegensatz Burgers zur "Roten Fahne" zum Anlaß genommen, seine Darstellungen in Zweifel zu ziehen?! Die Antwort ist klar: weil dieses reaktionäre Klassengericht natürlich nicht einmal eine einzige Sekunde lang "objektiv" ist, sein will und sein kann, sondern klassenorientiert ist, das herrschende System verteidigt und damit auch alle seine Büttel und Kreaturen, ob sie sich nun als offene oder versteckte Faschisten, als mehr oder weniger "demokratisch" und "freiheitlich" gestrichene Diener der kapitalistischen Ausbeutung anbieten.

\*\*\*

Der Burger-Prozeß vor dem österreichischen Klassengericht gegen das Zentralorgan der MLPÖ endete mit der Verurteilung der "Roten Fahne" bzw. ihres Verantwortlichen Redakteurs zu einer Geldstrafe, zur Zahlung einer Geldbuße an Burger, zum "Verfall" der Nummer 120 der "Roten Fahne", mit dem Zwangsauftrag zur

Veröffentlichung des Urteils-Textes in der ersten oder zweiten folgenden Nummer (widrigenfalls die "Rote Fahne" verboten werde!)\* sowie zur Zahlung sämtlicher Gerichts-, Anwalts- und Verfahrenskosten.

Insgesamt ergibt das einen Betrag von mehr als 15.000 Schilling, der in kürzester Frist aufzubringen war.

Es geht jedoch nicht nur um die finanzielle Seite der Sache, sondern vor allem um ihre politische Bedeutung!

Dieses unter einem "sozialistischen" Justizminister ergangene Urteil ist nicht nur ein neuer krasser Fall von Klassenjustiz im Dienste der Reaktion und ein weiterer Beweis für die direkte Unterstützung, Aufpöpelung und Förderung der Faschisten aller Sorten durch die österreichischen Behörden, sondern verfolgt im besonderen auch das Ziel, unsere ohnedies notleidende "Rote Fahne", die einzige konsequent revolutionäre Zeitung unseres Landes, zum Verstummen zu bringen. Es ist gleichzeitig ein massiver Angriff und eine unmißverständliche Drohung gegen alle österreichischen Antifaschisten, denen verboten werden soll,

Fortsetzung auf Seite 9

\* Um dem reaktionären österreichischen Staat keine einfache "legale" Handhabe für das Verbot der "Roten Fahne" zu liefern, ist die Redaktion diesem gerichtlichen Befehl in Form der Nr. 150 der "Roten Fahne" nachgekommen. Da diese Ausgabe aber lediglich den Text enthält, den zu veröffentlichen uns das Gerichtsurteil im Burger-Prozeß unter Androhung des sonstigen Erscheinungsverbotes für die "Rote Fahne" gezwungen hat, wir jedoch der Meinung sind, daß die Leser der "Roten Fahne" in ihrer Zeitung das lesen wollen, was die Redaktion verfaßt hat und nicht das, was ein Richter des kapitalistischen Klassenstaates diktiert hat, wurde diese Nummer in einer Mindestauflage gedruckt, die so gleich vergriffen war. Wir bitten daher, von Bestellungen dieser Nummer abzusehen. (Anmerkung der RF).

Nach dem NDP-Überfall auf das Mürzzuschlager Jugendlager

## Die Selbsthilfe gegen den Faschismus organisieren!

Seit bekannt geworden ist, daß die "Rote Fahne" Nr. 120 wegen eines gegen den Südtirol-Bumser und NDP-Führer Dr. Norbert Burger gerichteten Artikels gerichtlich für verfallen erklärt und beschlagnahmt worden ist, hat eine große Nachfrage nach dieser Nummer eingesetzt. Natürlich können wir diese Nachfrage nicht befriedigen - schon weil die gesamte noch verbliebene Auflage dieser Nummer schon während des Prozesses restlos verkauft wurde. Um dennoch allen Interessenten Gelegenheit zu geben, sich mit der Sachlage vertraut zu machen, zitieren wir nachstehend den betreffenden Artikel ohne die gerichtlich inkriminierten Passagen und Ausdrücke bzw. machen diese durch schwarzen Überdruck unleserlich. Wir können das umso eher, als wir damit den Versuch durchkreuzen, unter dem lächerlichen Vorwand, die "Ehre" eines beim österreichischen Staats- und Justizapparat hochgeschätzten Politikers angetastet zu haben, die Berichterstattung über einen politischen Sachverhalt de facto unter Zensur zu stellen und unmöglich zu machen. Es wird für unsere Leser keine Mühe sein, an den vom Gericht verstümmelten Stellen - die wir garnicht für unentbehrlich halten - jene Bezeichnungen einzusetzen, die ihnen selbst passend erscheinen. Im Übrigen verweisen wir auf den Prozeßbericht in der Nummer 153 der "Roten Fahne".

Für die zweite Juli-Hälfte und den ganzen August hatte eine Gruppe junger österreichischer Arbeiter und Studenten zu einem internationalen Zeltlager in Mürzzuschlag eingeladen. Auf Grund der kämpferisch-revolutionären Zielsetzungen dieses Lagers und der Aufgeschlossenheit seiner Veranstalter für den Marxismus-Leninismus begrüßte und unterstützte die MLPÖ das Vorhaben und nahmen auch Mitglieder und Sympathisierende der MLPÖ bzw. ihrer Jugendsektion für kürzere oder längere Zeit an den Aktivitäten, Veranstaltungen und Diskussionen des Lagers teil.

Daß diese Entscheidung richtig war, zeigte sich schon nach kurzer Zeit. Ohne Spiele, Sport und andere Vergnügungen zu kurz kommen zu lassen, führte das in seiner Zusammensetzung meist ständig wechselnde Lagerkollektiv viele politische Diskussionen durch, die wesentlich zur Festigung des revolutionären Bewußtseins und Wissens der Teilnehmer beitrugen und entfaltete zugleich eine außerordentlich wertvolle politische Arbeit nach außen, die sich einerseits bis ins Wr. Neustädter-Neunkirchner Industriegebiet und andererseits über fast die ganze Obersteiermark erstreckte. Insbesondere mit Lehrlingen und jungen Arbeitern dieses Gebietes fanden zahllose Kontaktnahmen und Diskussionen statt, bei denen ihre Sorgen und Probleme erörtert und Möglichkeiten zur Organisation des Kampfes zu ihrer Lösung beraten wurden. Es zeigte sich, daß es spe-

ziell auf dem Lehrlingssektor in Österreich oft himelschreiende Zustände gibt, da die Lehrlinge und Jungarbeiter über keine kampffähige Organisation zur Vertretung ihrer Tages- und Zukunftsinteressen verfügen. Vom Lager aus wurden zahlreiche Fälle der Willkür und des Unrechts, des Bruchs von Kollektivverträgen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen, Begleiterscheinungen einer rücksichtslosen Profitschinderei, aufgedeckt, hochinteressante Materialien über die Lage vor allem der Lehrlinge und Jungarbeiter im niederösterreichisch-steirischen Industriegebiet gesammelt und eine Reihe guter Kampfkaktionen durchgeführt. So z. Bsp. wurde ein Fall von schwerer Lehrlingsmißhandlung durch einen in dieser Beziehung schon berühmten Mürzzuschlager Großfleischhauer trotz aller Vertuschungsversuche durch Kammern und Berufsvertretungen vor die Öffentlichkeit gebracht und der Boykott des Lehrlingsschinders organisiert. (Hinterher hat auch die bürgerliche Presse den Fall aufgegriffen und so getan, als ob dergleichen in Österreich eine seltene, strenger Bestrafung unterworfenen Sache sei.) Ein anderer Fall betraf eine Gruppe von Böhler-Lehrlingen, gegen die als "Disziplinarmaßnahme" unbezahlte Strafarbeit verhängt worden war.

Es versteht sich von selbst, daß die vielgestaltige politische Tätigkeit des Lagerkollektivs den saturierten politischen Würdenträgern und Amtskappeln-Inhabern der Obersteiermark gewaltig auf die Nerven ging und sie alle möglichen Versuche unternahmen, das Zeltlager durch Sabotage, Anfeindungen und Schikanen zu vertreiben. Da die teilnehmenden Jugendlichen polizeilich gemeldet werden mußten, war es teilweise möglich, deren Eltern unter Druck zu setzen oder ängstlich zu machen, ihre Söhne und Töchter ja nicht in das "Extremistenlager" zu lassen bzw. dort schon eingetroffene junge Menschen wieder zur Rückkehr nach Hause zu zwingen. Die örtliche Polizei verrenkte sich die Augen, vielleicht einen Fall von nicht in dichtem Gebüsch gewechselten Badehosen zu entdecken, mit dem sich etwa ein Verbot wegen "Gefährdung der Sittlichkeit" oder ähnliches hätte konstruieren lassen. Vergeblich. Dann kam man drauf, daß möglicherweise die "sanitären" Verhältnisse im Lager Grund zum Einschreiten geben oder die Lagerlatrine eine Belästigung für Urlaubsgäste und Spaziergänger der Umgebung sein könnte. Eine amtliche "Kommission" zur Untersuchung der "sanitären Verhältnisse" inspizierte das Zeltlager, konnte jedoch

nichts wesentliches bemängeln, sodaß auch in dieser Richtung keine Handhaben zu finden waren.

Doch auch nach diesen vergeblichen Versuchen hörte der offene und geheime Kampf gegen das Zeltlager der jungen Leute nicht auf. Man wendete bloß schärfere Methoden an. So kam es zum ersten Versuch, die Lagerteilnehmer mit physischer Gewalt zu vertreiben: eine Gruppe aufgeputschter Pfadfinder und ÖVP-Jugendlicher versuchte einen Überfall auf das Lager, der jedoch zu läppisch war, um Erfolg haben zu können. Immerhin war er eine deutliche Warnung, womit man nun rechnen mußte.

Tatsächlich wurde der zweite Versuch der gewaltsamen Liquidierung des Lagers viel gründlicher vorbereitet. Er startete am 23. August. Seine Durchführung oblag einer fast 30-köpfigen Bande von NDP-Schlägern unter persönlicher Leitung des [REDACTED]

Dr. Norbert Burger.

Von ihren nächsten Stützpunkten, dem Jagdsitz des westdeutschen Großhändlers Horten und einem Semmeringer Hotel aus hatten Späher des NDP-Rollkommandos das Lager bereits einige Zeit beobachtet, um den günstigsten Zeitpunkt für den Überfall zu erkunden. Man wählte den Sonntagabend, für den eine Diskussion außerhalb des Lagers anberaumt worden war, sodaß man hoffen konnte, bloß die Lagerwache anzutreffen.

Als die teilweise mit Schutzhelmen ausgestattete und mit diversen Hieb- und Stichwaffen reichlich versorgte [REDACTED] das Lager überfiel, waren dort nur drei junge Genossen anwesend. Einer von ihnen verständigte sofort die Masse der Lagerteilnehmer, die anderen versuchten, so gut sie konnten, die [REDACTED] an der Zerstörung des Lagers zu hindern. Doch sie wurden niedergeschlagen. Die [REDACTED] rissen die Zelte nieder, zerschlugen Kochgeschirre und Ausrüstungen, zerschnitten mit ihren Messern Planen und Decken, überschütteten diese dann mit Petroleum und versuchten, alles in Brand zu stecken. Unter wildem Triumphgeschrei wurde der Fahnenmast des Lagers umgeworfen und die rote Fahne nach faschistischem Ritus verbrannt. Nur dem Umstand, daß infolge mehrfachen Regens die Zelte und ein Teil der Decken naß waren, ist es zu verdanken, daß die [REDACTED] keinen größeren

Brand zustandebrachte und noch am Werk war, als bereits die Masse der Lagerteilnehmer eintraf. In dem sich nun entspannenden Kampf bezogen die [REDACTED] trotz ihrer besonderen Ausrüstung schwere Schläge. Einige von ihnen, die keinen anderen Ausweg mehr sahen, sprangen in die Mürz, um über das jenseitige Ufer das Hasenpanier ergreifen zu können. Burger selbst wurde nach einem mißglückten Fluchtversuch gefangen, in einen PKW verfrachtet und auf die Gendarmerie gebracht. Dieser [REDACTED], der nur stark ist, wenn ihn eine größere Leibgarde bezahlter Schläger umgibt, erwies sich als [REDACTED], der seine Identität leugnete, sich als "friedlicher Passant" auszugeben suchte und fast weinte vor Angst, die jungen Antifaschisten, die ihn gefangen hatten, würden ihn nicht bei der Gendarmerie, sondern an der italienischen Grenze absetzen, wo man ihn vielleicht weniger freundlich empfangen hätte als bei der österreichischen Exekutive.

"Bei der Gendarmerie ist der Mann dann gleich sehr freundlich empfangen worden. 'Oh, guten Tag, Herr Doktor Burger!', hat einer der Gendarmen gleich begrüßt."

So frisch von der Leber weg schilderte das "Wiener Wochenblatt" vom 19. September den Empfang des [REDACTED] durch die österreichische Exekutive. Ungewollt enthüllte es damit gleich auch das wichtigste Geheimnis der immer frecheren Provokationen Burgers und seiner NDP, nämlich ihre liebevolle Förderung und Ermunterung durch Polizei und Justiz. Selbstverständlich hat die Gendarmerie ihren "Herrn Doktor", gegen den ja bloß solche Kavaliersdelikte wie Anstiftung zu schwerer Körperverletzung, böswillige Sachbeschädigung, versuchte Brandstiftung, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch usw. vorlagen, sogleich seiner Wege gehen lassen, während die von seiner Bande überfallenen Lehrlinge und Jungarbeiter bis in die späten Nachtstunden festgehalten und verhört wurden. Die zu dem Bombenburger so zuvorkommenden Behörden verhafteten außerdem einen aus Frankreich stammenden Lagerteilnehmer und verfügten seine zwangsweise Abschaffung aus Österreich. Es war ein neuer Anschauungsunterricht:

Auch unter dem Kommando von SPÖ-Ministern zieht die Polizei und Justiz in Österreich vor gewalttätigen, auf frischer Tat ertappten [REDACTED] artig den Hut, greift aber energisch durch gegen sich wehrende Antifaschisten.

Zweifellos werden diese aus solchen Erfahrungen lernen. Sie werden nicht nur immer besser verstehen, was sie von dem in unserem Land bestehenden politischen System zu halten haben und wie unverkennbar dieses System die Tendenz zum Faschismus in sich trägt, sondern auch erkennen, wie dringend notwendig es ist, die Selbsthilfe gegen den Faschismus zu organisieren. Bei ihren nächsten Provokationen dürfen die Faschisten nicht mehr so relativ billig davonkommen!

Genosse! Genossin! Freund und Leser unserer „Roten Fahne“! Hast Du schon alles in Deinen Kräften Stehende getan, um den

## RF-PRESSEFONDS

zu stärken? Vergiß bitte nicht, daß es großer gemeinsamer Anstrengungen aller von uns bedarf, um die „Rote Fahne“ zu dem einflußreichen Kampfblatt zu machen, das die österreichische Arbeiterklasse braucht!

den Faschismus beim Namen zu nennen! Es ist ein Präzedenzfall, der ähnliche und noch einschneidendere profaschistische Klassenurteile der österreichischen Justiz vorbereiten und erleichtern soll.

Gerade in diesem Licht muß aber auch ein Wort zum Verhalten jener Gruppen und Organisationen gesagt werden, die sich zur linken oder gar revolutionären Bewegung in unserem Lande zählen. Trotz Aufforderung hat praktisch keine dieser Gruppen irgendeine Notiz von diesem Prozeß genommen, haben sie weder Vertreter zu den Verhandlungen entsandt noch auf andere Art Interesse bekundet. In einzelnen Fällen kam es sogar zu einer gewissen Schadenfreude und zur Spekulation, eine Verurteilung würde der "Roten Fahne" einen Schlag versetzen. Nicht zuletzt diese Situation und die unbedingte Verpflichtung der MLPÖ, eine völlige finanzielle Ausblutung der Zeitung zu vermeiden, machten es nötig, auf eine Berufung zu verzichten, und damit auch auf die Möglichkeit, dem Prozeß auf der Stufe der nächsten Instanz größere öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen bzw. weitere Verhandlungen zu einer breiteren Aufklärungskampagne über die Rolle der NDP einerseits und der österreichischen Justiz andererseits zu benützen.

Nun, wir brauchen dazu keinen Prozeß, der ein Vielfaches von 15.000 Schilling verschlingen würde. Das umfangreiche Material, das wir über die NDP gesammelt haben, wird ebenso systematisch ausgewertet werden wie die drastische Selbstdarstellung, welche die österreichische Justiz in ihrer "Urteilsbegründung" von sich und ihrer klassenmäßigen Rolle gegeben hat.

Die MLPÖ und die Redaktion der "Roten Fahne" hatten und haben keine Illusionen über das Wesen der heutigen österreichischen Justiz. Es war ihnen von vornherein klar, daß sie von dieser Justiz verurteilt würden. Dennoch haben sie es energisch zurückgewiesen, einen Rückzieher zu machen und sich mit einem billigen "Vergleich" aus der Affäre zu ziehen, sondern haben ihren Standpunkt verteidigt und den Wahrheitsbeweis geführt. Auch wenn dieser Wahrheitsbeweis natürlich nicht die Zustimmung des Klassengerichts fand und gemäß vorliegender Weisungen auch nicht finden durfte, ist er in politischer Hinsicht sogar zweifach gelungen: Er hat nicht nur an Hand vieler Fakten noch klarer gemacht, was die NDP ist und welchen Zwecken sie

dient, sondern er hat - was noch wichtiger und wesentlicher ist - den "demokratischen" und "objektiven" Deckmantel der kapitalistischen österreichischen Justiz in einer wichtigen Frage zerrissen und sie gezwungen, ihre wahre Farbe zu zeigen. So manchen jener naiven und unerfahrenen Zeitgenossen, die diesbezüglich immer noch Illusionen haben, kann das helfen, die Wahrheit zu erkennen und daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Schließlich entwickelte sich sogar auch noch die finanzielle Seite des Prozesses in einer Richtung, die alle Erwartungen übertrifft und glänzend beweist, daß das Kollektiv der Mitglieder und Kandidaten der MLPÖ, der Leser und Freunde der "Roten Fahne" stärker ist, als selbst manche Angehörige dieses Kollektivs glaubten. Obwohl die Sammlung zur Aufbringung der Prozeßkosten noch nicht abgeschlossen ist, kann schon jetzt gesagt werden: Wenn ihr gegenwärtiger Elan noch etwas anhält und unsere Genossen und Freunde noch eine letzte Anstrengung machen, wird nicht nur der gesamte Prozeßkostenbetrag gesammelt sein, sondern darüber hinaus sogar ein Überschuß, der für die zukünftige bessere finanzielle Absicherung unserer Zeitung zur Verfügung steht!

Sowohl die Redaktion der "Roten Fahne" (und speziell Genosse Peter Tesinsky als unmittelbar Haftpflichtiger) als auch das ZK der MLPÖ sprechen allen Genossen und Freunden, die zu diesem ermutigenden Ergebnis beigetragen haben und noch beitragen wollen, herzlichsten revolutionären Dank aus. Es ist ein Ergebnis, das der "Roten Fahne" nicht nur eine schwere finanzielle Bürde abnimmt und sie materiell stärkt, sondern es ist darüber hinaus eine Quelle des Mutes, der Kraft und der Zuversicht, ein Auftrag und Ansporn, unsere politische Arbeit auf allen Gebieten zu verbessern und den Kampf zur Erfüllung der großen Aufgaben der österreichischen Marxisten-Leninisten zu verstärken.



Um sie in wesentlich erhöhter Auflage erscheinen lassen zu können, haben wir die vorliegende Nummer auf das Thema des Bürger-Prozesses beschränkt. Die anderen für diese Nummer vorgesehenen Beiträge (darunter HUKLA-Streik, Österreichs internationale Ambitionen, Brief aus der Schweiz, Diskussion "Wie gefährlich ist der BRD-Imperialismus?" usw.) bringt die schon zum Druck vorbereitete Nummer 154 der RF.

